



Dr. Karsten D. Voigt

Entspannungspolitik mit Russland?

Februar 2022

Das Bemühen um kooperative Konfliktlösungen ist heute ebenso richtig wie in den Jahren der Entspannungspolitik. Es gilt in einem ersten Schritt zu verhindern, dass die Krise in den Beziehungen zu Russland militärisch eskaliert. In einem zweiten Schritt geht es darum, dem Grundsatz der Unverletzlichkeit der Grenzen erneut uneingeschränkte Geltung zu verschaffen.

Zum Zeitpunkt des Mauerbaus vertrat Russland eine revolutionäre Ideologie und setzte sich zugleich die Anerkennung der Nachkriegsgrenzen in Europa zum Ziel. Putin sieht sich heute als Vertreter einer konservativen Ideologie und will zugleich Russlands Macht und Grenzen in Europa so revidieren, wie sie Anfang der 1990er waren. Damit unterscheidet sich die heutige Lage grundlegend von der Situation zu Beginn der Entspannungspolitik. Damals ging es darum, dass Deutschland seine Nachkriegsgrenzen anerkannte. Heute geht es darum, dass Russland die Grenzen seiner Nachbarstaaten anerkennt.

Sowohl in Ost als auch in West war klar, dass jeder Versuch, den territorialen Status quo mit militärischen Mitteln zu verändern, mit dem Risiko eines Nuklearkrieges verbunden war. Auch den Georgiern und den Ukrainern ist heute klar, dass sie ihre Territorien, die sich unter der Kontrolle Russlands befinden, nicht gegen Russlands überlegene Militärmacht zurückgewinnen können. Eine spiegelbildliche Garantie, dass Russland nicht erneut militärische Gewalt anwenden wird, gibt es jedoch nur für die Mitgliedstaaten der NATO.

Ein erneutes Bekenntnis Russlands zum Gewaltverzicht wäre zu begrüßen. Die Glaubwürdigkeit eines solchen Versprechens würde aber darunter leiden, dass Russland entsprechende multilaterale und bilaterale Versprechen gegenüber der Ukraine gebrochen hat. Das Vertrauen wird erst wieder wachsen,

wenn Russland nicht nur seine Rhetorik, sondern auch sein Verhalten ändert.

Russland verlangt von den Mitgliedstaaten der NATO einen Verzicht auf zukünftige Erweiterungen der NATO, insbesondere auf eine Erweiterung um die Ukraine. Auch wenn gegen eine Erweiterung argumentiert werden kann, sollte eine solche Zusicherung gegenüber Russland unter allen Umständen vermieden werden. Eine solche Erklärung über die Köpfe der Betroffenen hinweg würde deutschen Interessen schaden.

Für viele Staaten östlich von Deutschland wäre eine solche Ansage ein Beleg dafür, dass wie mehrfach in der Vergangenheit, ein „Konzert der Mächte“ über ihre Sicherheit entscheidet. Eine solche Politik gegenüber Russland würde die zukünftige Zusammenarbeit Deutschlands mit seinen östlichen Nachbarn innerhalb der EU und NATO erheblich erschweren.

Die Anerkennung der Unverletzlichkeit der Grenzen im Rahmen der Ostverträge war ein unverzichtbarer Bestandteil der Vertrauensbildung gegenüber Deutschlands Nachbarn. Die Einhegung der deutschen Macht durch deren multilaterale Einbindung in EU und NATO ebenso. Die sehr komplizierten Stimmrechte und Verfahren innerhalb der EU unterstreichen den Respekt gegenüber der Rolle kleinerer Staaten innerhalb der europäischen Ordnung. Das hierdurch gewachsene Vertrauen dient dem wohlverstandenen Eigeninteresse Deutschlands.

Russland betont im Unterschied zu Deutschland seine nationale Souveränität, Handlungsfreiheit und autonome Macht. Es misst sich machtpolitisch nicht an europäischen Mittelmächten wie Frankreich und Deutschland, sondern an den USA und an China. Russland steht nach eigener Sichtweise zusammen mit den USA und China an der Spitze der Macht-

hierarchie. Deutschland wird als europäische Macht ernst genommen. Die kleineren europäischen Staaten sieht Russland eher als Objekt denn als Subjekt der Außen- und Sicherheitspolitik. Diese Sichtweise der europäischen Ordnung widerspricht den von Deutschland vertretenen Werten und Normen europäischer Politik.

Die Partnerschaft mit den kleineren und mittelgroßen Staaten in Europa und insbesondere in der EU und der NATO beruht darauf, dass Deutschland deren Interessen und Gleichberechtigung berücksichtigt. Würde Deutschland diese Prinzipien aufgeben, wäre es bald wieder von misstrauischen Nachbarn umgeben – wie in früheren Jahrzehnten und Jahrhunderten. Die wichtigste Nachkriegserrungenschaft, die Einbettung Deutschlands in eine sich an Werten und Normen orientierenden europäischen Ordnung, wäre gefährdet. Dies widerspräche grundlegenden deutschen Interessen.

Während des Kalten Krieges und während der Entspannungspolitik waren die Beziehungen zu den ostmitteleuropäischen Staaten wie Polen und Ungarn Teil der westdeutschen Ostpolitik. Die Handlungsfähigkeit dieser Staaten war durch den von der Sowjetunion bestimmten Rahmen begrenzt. Insofern führte damals in außen- und innenpolitischer Hinsicht jeder Weg nach Warschau, Budapest und Prag über Moskau.

Heute liegen diese Staaten – geografisch gesehen – immer noch östlich von Deutschland. Als Mitglieder der EU und der NATO hingegen sind sie institutionell Teil unserer Westpolitik. Politisch aber verhalten sich manche

Politiker aus diesen Staaten heute so, als läge ihnen Washington näher als das geografisch näher liegende Berlin. Damit unterscheidet sich die Lage für die deutsche „Ostpolitik“ heute grundlegend von jener während des Ost-West-Konfliktes, einschließlich der damaligen Entspannungspolitik.

Der Handel mit Russland ist bedeutsam. Es wäre erfreulich, wenn sich die politischen Rahmenbedingungen für diesen künftig wieder verbessern würden. Aber das deutsche Handelsvolumen mit Polen ist wesentlich umfangreicher als das mit Russland. Das gilt erst recht, wenn man den Handel Deutschlands mit allen seinen Partnern östlich von Deutschland und westlich von Russland addieren würde. Also auch in diesem Bereich hat sich die Lage gegenüber früheren Jahrzehnten und gegenüber den Jahren der Entspannungspolitik geändert.

Es bleibt aber: Russland ist heute Deutschlands wichtigste Herausforderung und manchmal auch Bedrohung. Aber ein anderes Russland könnte zukünftig Deutschlands wichtigster potenzieller Partner östlich der Grenzen von EU und NATO werden. Diese Hoffnung sollte man nicht aufgeben. Viele haben es ja auch während der Präsidentschaft von Donald Trump nicht zu hoffen gewagt, was heute Realität ist. Die gegenwärtige Krise mit Russland hat beide Seiten des Atlantiks zu so engen Partnern werden lassen, wie es in den letzten Jahrzehnten nur während der deutschen Vereinigung und nach 9/11 der Fall war. Der Graben zu Russland ist tiefer geworden, die transatlantischen Brücken aber stabiler.

Über den Autor

Karsten D. Voigt ist Kuratoriumsmitglied von Aspen Germany. Er war von 1978 – 1998 Mitglied des Bundestages, von 1983 – 1998 außenpolitischer Sprecher des SPD-Bundestages, von 1992 – 1996 war er erst Vize- und dann Präsident der Parlamentarischen Versammlung der NATO. Von 1999 bis 2008 war Karsten D. Voigt Koordinator für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit.



Dieser Text stellt die persönliche Ansicht des Autors dar. Der Autor spricht ausdrücklich nicht im Namen der mit ihm assoziierten Institution.

Über diese Reihe

Mit dem pointierten Meinungsformat *In A Nutshell* verleiht das Aspen Institute Deutschland ausgewählten AutorInnen eine Stimme, um das aktuelle Zeitgeschehen zu kommentieren und zu reflektieren. Das Format dient dem offenen Diskurs zu drängenden gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen und Chancen.